

V8 Alle Dörfer bleiben!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

- 2006 Das Ergebnis der Kohlekommission liegt vor. Die Kommission schlägt einen
2007 Kohleausstieg bis 2038 vor. Dieser ist Klimapolitisch unzureichend, für die
2008 Zukunft der verbliebenen Umsiedlungsdörfer ist dieser Vorschlag jedoch eine
2009 Chance. Denn für die benötigten Abbaumengen, um den Ausstiegsplan der
2010 Kohlekommission umzusetzen, können der Tagebau Garzweiler 2 sowie der Tagebau
2011 Hambach so verkleinert werden, dass keine weiteren Dörfer mehr in Anspruch
2012 genommen werden müssen.
- 2013 Es ist klar, dass in NRW keine Braunkohle mehr bis 2045 verstromt werden kann.
2014 Dies ist mit den Klimaschutzziele aus dem Pariser Klimaschutzabkommen
2015 unvereinbar. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die Landesregierung auf, zwei neue
2016 Leitentscheidungen für die Großtagebaue Hambach und Garzweiler 2 zu fällen. Die
2017 Abbaugrenzen müssen dabei so gezogen werden, dass die Ortschaften Berverath,
2018 Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich, Manheim und Morschenich sowie
2019 der Hambacher Wald nicht in Anspruch genommen werden.
- 2020 Leitentscheidungen brauchen Zeit. Deshalb dürfen jetzt von RWE keine Fakten
2021 geschaffen werden. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert deshalb den sofortigen Stopp
2022 aller Zwangsumsiedlungen, aller Abrissarbeiten, aller Rodungen, Flächen- und
2023 Naturzerstörungen in den Braunkohlerevieren. Die Landesregierung darf sich nicht
2024 weiter hinter RWE verstecken, es ist an ihr jetzt zu handeln.
- 2025 Der Abschlussbericht der Kohlekommission gibt der NRW-Landesregierung den klaren
2026 Auftrag, einen Prozess zur Zukunft der Umsiedlungsdörfern anzustoßen. Mit den
2027 Menschen vor Ort müssen Pläne für die Zukunft der Dörfer geschmiedet werden. Die
2028 Lösungen für die Dörfer werden sehr individuell ausfallen. In einigen Dörfern
2029 sind erst wenige Menschen umgesiedelt, in anderen lebt kaum noch ein Mensch und
2030 erste Abrissarbeiten haben begonnen. Wichtig ist, dass endlich mit den
2031 Bewohner*innen der Dörfer geredet wird, über ihre Köpfe hinweg wurde lange genug
2032 entschieden.
- 2033 Die GRÜNE JUGEND NRW solidarisiert sich mit dem bundesweiten Bündnis "Alle
2034 Dörfer bleiben".

Begründung

Erfolgt mündlich